

Eine Initiative der parteifreien Aktion www.verwaltungsreform-jetzt.at
Ab sofort auch unter: www.politreform-jetzt.at

PARLAMENTARISCHE BÜRGERINITIATIVE BETREFFEND: Politreform-jetzt

Sparen im Eigenbereich der Politik. Wachstum durch Bürokratieabbau.

Stoppt den Abstieg Österreichs – mit der 6 Mrd-Politreform:

1) Staats- und Verwaltungsreform samt Privilegienabbau.

- Als Großprojekt mit vorher fixiertem Spar- und Terminziel:

6 Mrd. weniger Ausgaben, wirksam ab Budget 2017

2) Schuldenbremse in die Verfassung – wie in der Schweiz.

- Zum Wiederaufbau einer Krisenreserve.

Seitens des Einbringers wird das **Vorliegen einer Bundeskompetenz** in folgender Hinsicht angenommen: Grundlage ist der Auftrag der Bundesverfassung, Artikel 13 (2): „*Bund, Länder und Gemeinden haben bei ihrer Haushaltsführung die Sicherstellung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts und nachhaltig geordnete Haushalte anzustreben.“ Konkret sind von der vorliegenden Bürger-Initiative die vom Nationalrat zu treffenden bundesgesetzlichen Regelungen gemeint.*

Dieses Anliegen wurde bis zur Einbringung im Nationalrat von
Bürgerinnen und Bürgern mit ihrer Unterschrift unterstützt.

3.124

ANLIEGEN:

Der Nationalrat wird ersucht, zu beschließen:

1) Staats- und Verwaltungsreform samt Privilegienabbau:

Die Bundesregierung möge dazu veranlasst werden, bis März 2015 ein professionelles **Großprojekt mit fixiertem Sparziel (6 Mrd. € Kosten-Minus gegenüber 2013) und Terminziel (zur Hälfte wirksam ab Budget 2016, voll wirksam ab Budget 2017) auszuarbeiten** - und dieses Projekt dem Nationalrat zum **Umsetzungsbeschluss** vorzulegen.

2) Gesamtstaatliche Schuldenbremse in die Verfassung:

Sämtliche Regelungen der Bundesgesetzgebung, die für eine Schuldenbremse und deren Verankerung in der Bundesverfassung nach schweizer Vorbild nötig sind, mit folgendem **Geltungsbereich**: Alle Körperschaften öffentlichen Rechts, die dem Sektor Staat zuzurechnen sind, d.s.: jene, die für die Berechnung der Staatsschulden und des Defizits herangezogen werden.(Bund, Länder, Gemeinden, Kammern, SV-Träger, öffentliche Fonds und Stiftungen, Gemeindeverbände, ausgelagerte Gesellschaften, die zum Sektor Staat zu rechnen sind wie die BIG teilweise, die Spitäler etc.)